



## Präsidiumssitzung 14. März 2025 – TOP 2 Bericht Präsident Karl Koller

Die Spitze des Nova EUropa Präsidiums steht heute vor einem **Generationenwechsel**. Und der ganze Verein „Nova EUropa“ steht vor einer historischen Chance.

Die **Weltlage** hat sich durch die zweite Präsidentschaft von Donald Trump so **massiv geändert**, dass das zentrale Konzept von Nova EUropa – der **Kerneuropäische Bundesstaat, eine Chance auf Realisierung hat**.

Er hat eine Chance auf Realisierung, weil er ein **machbares realistisches Konzept** darstellt, der Europas Sicherheit garantieren kann und der Europa von einem Bauern am Schachbrett der Weltpolitik zu einem Turm, Läufer oder Pferd machen würde, von einem Spielball der Weltmächte und Finanzmärkte zu einem Akteur der Weltpolitik.

Ich möchte daher, nicht wie sonst üblich, einen **Rückblick** auf das letzte Jahr geben – sondern **auf 21 Jahre Nova EUropa**. Mit Stolz können wir sagen, wir sind mit unseren Vorschlägen, mit unsern Politikkonzepten fast immer richtig gelegen ... es klingt selbstherrlich, aber mir fällt eigentlich nichts ein, wo Nova EUropa falsch gelegen wäre.

Zum Thema „falsch gelegen“ fällt mir nur ein, dass ich selbst gegen die Wehrpflicht und für ein Berufsheer war. Das war, wie man an der deutschen Debatte sieht zu kurz gedacht, also falsch. Aber das war nie Nova EUropa Position. Gerade unser heutiger Obmann Christoph war immer ein Befürworter der Wehrpflicht.

Richtig zu liegen, das bedeutet freilich nicht, dass das passiert, was getan werden müsste. Wer das **Notwendige erkennt ist oft seiner Zeit voraus**, stößt auf massives Unverständnis – umsetzbar sind dann die besten Konzepte nicht. Es ist leider menschlich, dass gerade große notwendige Veränderungen erst dann stattfinden, wenn es fast schon zu spät ist.

Josef Du hast das in Deiner aktiven Politikerlaufbahn erlebt. Am 25. November 1989 hat die ÖVP unter Deiner Obmannschaft ein fertig ausformuliertes Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft beschlossen. 2003 – da warst Du schon nicht mehr in der aktiven Politik – folgte die Initiative: „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“.

Hätte man in den 90er Jahren oder meinetwegen auch erst in den 2000er Jahren diese Konzepte weltweit umgesetzt, wir hätten heute weder eine Klima- noch eine Biodiversitätskrise.

Ich werde also wie angekündigt, im Rückblick ein paar Punkte erwähnen und etwas näher ausführen:

- Unsere **Ablehnung der neoliberalen Agenda**, wie sie in den 2000er Jahren fast schon Mainstream war – dies schon bei Gründung im Dezember 2003 und unsere **Befürwortung der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Weiterentwicklung zur Ökosozialen Marktwirtschaft** – und das **weltweit**. Damit verbunden und im Zusammenhang mit der Finanzkrise 2008/09 und der Eurokrise 2011/12 unsere **Kritik an den Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft** und unser Eintreten für ein **Weltwährungssystem, in dem die Wechselkurse nicht durch die Währungsspekulation, sondern auf Basis der Leistungsbilanzen bestimmt werden**.
- Unser **Konzept zur Eurorettung** – auf welches wir besonders stolz sein können.
- Unsere **Ablehnung der Willkommenskultur 2015** und unsere **Warnung vor dem Politischen Islam und die Konzepte**, die wir vorgeschlagen haben.

- Und schließlich unser schon angesprochenes **zentrales Politikkonzept** – den **kerneuropäischen Bundesstaat**.

Zum Thema „Neoliberale Agenda“ nur ein paar Sätze. „Globalisierung“ galt als Wohlstandsmotor schlechthin, staatliche Rahmenbedingungen und erst recht aktive Wirtschaftspolitik als Übel. Je kleiner die Staaten umso besser, weil sie sich dann nicht gegen den Standortwettbewerb zu immer niedrigeren Löhnen und Steuern wehren können. Globalisierung würde Wohlstand bringen, für die Industrieländer und auch für die Entwicklungsländer, wie man damals noch sagte. Und so war man auch der Meinung, **Europa könnte ein Kontinent der Dienstleistungen** werden, Nahrungsmittel und industriell erzeugte Produkte könne man importieren. In der **regel- und marktbasierter Welt eine Wohlstandsgewinn für alle**.

Nun zum einen hat die **Finanzkrise 2008/09 gezeigt, dass Marktwirtschaft ohne Regeln nicht funktioniert** – selbst **Hans-Werner Sinn hat im April 2008** erklärt: „**Eine funktionierende Marktwirtschaft braucht einen starken Ordnungsrahmen. Marktwirtschaft ist nicht Anarchie, sondern sie braucht auch Regulierungen**“.

Und zum anderen war es immer schon **eine Illusion** zu glauben, **das Ende der Geschichte wäre gekommen** und auf der ganzen Welt würden sich Demokratie und Marktwirtschaft durchsetzen.

Nun, zu unserem Glück ist uns zumindest auf dem Kontinent – anders als im UK – eine nicht unwesentliche industrielle Basis geblieben – und es hat sich auch gezeigt, dass Länder mit einer starken industriellen Basis wesentlich besser durch die Finanzkrise gekommen sind.

Trotzdem, Europas **Abhängigkeiten von Importen in strategischen Bereichen** sind gewaltig – von China, Indien (Pharmazeutika), von den USA (Rüstungsgüter!), bis vor kurzem von Energie aus Russland, von Energie aus der Golfregion ...

Die **Weltordnung ist machtbasiert** – das war immer unsere Überzeugung – daher braucht es auch strategische Autonomie. Und wie man heute sieht nicht nur von China und Russland, sondern auch von den USA, die sich vom Verbündeten möglicherweise zum Gegner entwickeln.

Deutschland und Merkel haben vieles bestimmt in Europa – vor allem wirtschaftlich. Wir haben schon während der Finanz- und dann der Eurokrise darauf hingewiesen, dass die Politik der **Leistungsbilanzüberschüsse mitverantwortlich für die Eurokrise** war – denn die Überschüsse des einen sind zwangsläufig die Defizite der anderen. **Deutschland hat statt investiert, exportiert**. Das Resultat wollte man lange nicht sehen – eine marode Infrastruktur, Straßen und Brücken die einstürzen, eine marode Bundesbahn. Und nachdem man die Verteidigung vernachlässigt hat, eine marode Bundeswehr, auch durch die Aussetzung der Wehrpflicht.

Heute sehen das auch wirtschaftsliberale Institute anders als damals. Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Moritz Schularick sagte vor ein paar Tagen der ARD, angesprochen auf die geplanten gewaltigen Kreditaufnahmen: es ist egal ob Deutschland am Ende des Jahrzehnts 60% oder 70% des BIP, Staatsschulden hat. Die Infrastrukturinvestitionen würden sich x-mal rechnen und auch die Investitionen in die Verteidigung, die zum einen notwendig sind und zum anderen oft zu bahnbrechenden Innovationen führen, die auch zivil genutzt werden können – beispielsweise erwähnte er Internet und GPS.

Nova Europa hat sich schon sehr früh für massive Investitionen ausgesprochen – in einen Global Marshallplan wie Josef Riegler in auch in seiner Global Marshallplaninitiative gefordert hat, in die Industrie und Landwirtschaft in Europas Süden, generell in Infrastruktur und Bildung und ja, wir haben auch von der **Notwendigkeit der Aufrüstung** schon gesprochen, als man **dafür noch fast ausschließlich negative Reaktionen ertete**. In der Präsidiumsresolution vom **21. September 2021**, dem „7-Punkte-Plan für die Weiterentwicklung der europäischen Integration“ findet sich der Satz: **„Europa muss Weltmacht werden, daher ist eine massive Aufrüstung notwendig um auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland agieren zu können.“**

Und auch was die **Finanzierung** betrifft passiert jetzt – wie schon erwähnt – genau das, was Nova EUropa gefordert hat. Schon im Vorgängerpapier, der Präsidiumsresolution vom **6. Juli 2016 „Nova EUropa 7-Punkte Plan als Antwort auf den Brexit“** findet sich der Satz, dass notwendige finanzielle Mittel **„in Zeiten niedriger Zinsen und erst recht bei Negativzinsen auch durch Verschuldung aufgebracht werden können.“** Und wir haben auch hier und schon früher gefordert, dass man die Steueroasen trockenlegen muss und die dort versteckten Milliarden einer angemessenen Besteuerung unterwerfen muss. „Die Eurozone muss daher die Steueroasen zur Kooperation zwingen und damit deren fragwürdiges "Geschäftsmodell" zerstören. Wenn dazu der Wille und die Machtposition vorhanden sind, geht das relativ einfach, wie die Erfolge und die Durchsetzungsfähigkeit der USA, z.B. in den Verhandlungen mit der Schweiz, gezeigt haben“, heißt es in der erwähnten Resolution.

Fakt ist: es gibt nur drei Möglichkeiten notwendige finanzielle Mittel aufzubringen: Steuern, Schulden, Einsparungen anderswo. Eine vierte Möglichkeit gibt es nicht.

Ich habe es schon angesprochen: worauf wir **besonders stolz sein können, ist unser Konzept zur Eurorettung**: Im Dezember 2011 forderten Heinrich Neisser, Josef Riegler und Josef Taus gemeinsam mit dem Nova EUropa-Vorstand den unbegrenzten Ankauf von Euro-Staatsanleihen durch die EZB als erste Stufe unseres „Drei-Stufenplans zur Eurorettung“. **Am 12. Jänner 2012 stellte Josef Riegler diesen Plan in der Diplomatischen Akademie in seinem Vortrag „EU - Wohin geht die Reise“ vor** – mit darauffolgenden Berichten in einigen Zeitungen. Ohne von uns zu wissen – so bin ich mir ziemlich sicher – kündigte Mario Draghi genau das im Juli 2012 an, und im September 2012 setzte der EZB-Rat dies um. Das war entscheidend – ohne diese Maßnahme wäre der Euro Geschichte.

Dümmliche „Anti-Ausländerpolitik“ à la FPÖ haben wir immer entschieden abgelehnt, und Rehleinaugen waren und sind uns lieber als islamische Kopftücher. Aber schon 2015 – als die **Willkommenspolitik** hoch im Kurs stand, haben wir uns gegen die Massenmigration aus frauenverachtenden und antisemitisch geprägten Herkunftsgesellschaften positioniert. Und auch gegen den wachsenden Einfluss des **legalistischen politischen Islams**. So hat die **Präsidenten-Doppelspitze Neisser/Riegler Anfang 2015 ein Hijab-Verbot an Schulen und im öffentlichen Dienst und ein Vollverschleierungsverbot in der Öffentlichkeit gefordert** – mit beachtlichem Gegenwind in der Presse und auch in der damaligen ÖVP.

Nur ein paar Zitate aus unserer damaligen Presseaussendung:

Heinrich Neisser: „Es muss bei der ideologischen Wurzel angesetzt werden – der Auffassung, dass die Frau dem Mann untergeordnet ist, ja ihm gehört, dass die Jungfräulichkeit der Töchter die Ehre der Familie darstellt und dass aus diesen Gründen die Frauen den Blicken der Männer soweit als möglich entzogen werden müssen. Für diese Haltungen, die hinter der Kopftuchideologie stehen, kann es in Europa keine Toleranz geben – weil sie mit Menschenrechten und Gleichberechtigung der Geschlechter unvereinbar sind“.

Josef Riegler: "Hauptkriterium für die Staatsbürgerschaftsverleihung sollte nicht die Sprachkenntnis sondern das vorbehaltlose Bekenntnis zum Wertekanon Europas sein, insbesondere zu einem modernen Frauenbild, zur Gleichberechtigung der Geschlechter und zur Trennung von Religion und Staat – eine langjährige Forderung von Nova EUropa“.

**Alles heute im ÖVP-Mainstream** und auch in den anderen Parteien steigt das Problembewusstsein. Die Vollverschleierung ist seit der Kurz-Regierung in Österreich ganz verboten. Und im Koalitionsvertrag der Dreierkoalition ist ein Hijab-Verbot in Schulen bis 14 vereinbart.

In jüngster Zeit haben wir uns auch **gegen den Wokismus** positioniert. In der bereits erwähnten Resolution des Präsidiums vom 21. September 2021 haben wir eine immer größere Bedrohung der Freiheit durch die woke linke Identitätspolitik festgestellt.

„Linke wie rechte Identitätspolitik steht grundsätzlich im Widerspruch zur Aufklärung und deren Anspruch, dass alle Menschen Teil einer einzigen Menschheit sind, bestehend aus gleichwertigen und gleichberechtigten Individuen“, heißt es am Ende des entsprechenden Absatzes.

Von den USA kommend hat die woke Ideologie in Europa zunächst an den Universitäten Fuß gefasst, und hat inzwischen einen großen Teil der Medien, vor allem das öffentlich rechtlich Fernsehen, linke Parteien, auch Teile bürgerlicher Parteien und fast alle großen Konzerne erfasst. Teil dieser Ideologie sind Critical Race Theory, Postcolonial-Theory, Cancel-Culture, intersektionaler Feminismus – und wir alle wissen, dass die woke Linke seit dem 7. Oktober 2023 ihrem Juden- und Israelhass gemeinsam mit Massen an migrantischen Antisemiten auf amerikanischen und europäischen Straßen und Universitäten freien Lauf lässt. **Der Wokismus – ein wesentlicher Grund für den Wahlsieg von Donald Trump.** Dessen Ablehnung einer der wenigen Punkte, wo er richtig liegt.

Ich habe schon die Rede von Josef Riegler in der Diplomatischen Akademie 2012 erwähnt. Josef hat dort auch **Stufe 2 und 3 unseres Dreistufenplans** vorgestellt: eine Wirtschaftsregierung für Eurozone (was sich zwischenzeitlich erübrigt hat), wie von den französischen Präsidenten seit mehr als einem Jahrzehnt gefordert und letztlich einen kerneuropäischen Bundesstaat. Doch, wie schon anfangs gesagt, **die Zeit war nicht reif** dafür.

Und trotzdem stimmt das Zitat von Helmut Kohl, dass die Visionäre die wahren Realisten der Geschichte sind. Denn uns war immer klar: richtungsweisende Ideen und Konzepte müssen frühzeitig entwickelt werden um sie dann parat zu haben, wenn sich ein „**Window of Opportunity**“ öffnet. Das kann schnell kommen, sehr lange dauern oder auch nie passieren.

Jetzt ist es meiner Meinung nach passiert. Europa steht vor einer möglicherweise existenziellen Herausforderung, die eine ganz andere Dimension hat, als es die schon gewaltigen Herausforderungen in der Finanz- und der Eurokrise waren.

US-Präsident Trump stellt **Artikel 5 des NATO-Vertrags** wonach ein Angriff auf einen NATO-Staat ein Angriff auf alle ist, **immer wieder in Frage**. Das betrifft die konventionelle Verteidigung und den atomaren Schutzschirm. Und um das gleich auch zu sagen, **Österreichs Schutz, das war die NATO** und damit die Amerikaner, nicht aber die Neutralität.

Und dass Trump nicht aufhört von **der Eingliederung Grönlands in die USA – „auf eine oder andere Weise“ wie er sagt** – zu sprechen, zeigt, dass die USA sich vom Verbündeten zum Gegner entwickeln können, wie schon eingangs erwähnt.

Es ist tatsächlich eine **Zeitenwende**. Diese Zeitenwende hat freilich schon früher begonnen, mit den **Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine**, und eigentlich noch früher – mit den Drohungen der **Türkei** gegen EU-Staaten insb. Griechenland und Zypern („wir können über Nacht kommen“) und deren Unterstützung von Jihadisten in Syrien, Libyen und anderen Staaten, mit der Unterstützung von Islamisten in Europa. Macron hat ja in diesem Zusammenhang vom **Hirntot der NATO** gesprochen – das war nicht falsch!

Eine **regelbasierte internationale Ordnung** – das war immer schon jenseits jeder Realität, eine **europäische Illusion**. Die Welt ist machtbasiert – das ist die Realität.

**Kaja Kallas, die EU-Außenbeauftragte, hat festgestellt, dass die Freie Welt einen neuen Anführer braucht und dass Europa diese Herausforderung annehmen wird.**

**Dass das realistisch ist, das muss bei den derzeitigen Strukturen stark bezweifelt werden.**

Stellen wir uns nur vor, die USA würde nicht bestehen, stattdessen ein Staatenbund der 50 Bundesstaaten, die zusammen eine gleich starke Armee wie die derzeitige US-Armee hätten. Sie wären mitnichten Weltmacht. Ein **Bundesstaat ist eben weit mehr als die Summe seiner Einzelstaaten.**

Bei der **EU** kommt hinzu: **zu inhomogen, 27 Länder, 24 Sprachen**, große wirtschaftliche Unterschiede und eine zu unterschiedliche Geschichte, gerade in den letzten 50/100 Jahren.

**Lukas** hat nach der Amtseinführung von Donald Trump in seinem Montag-Morgen-Mail geschrieben Europa brauche jetzt „**Tempo im Entscheiden und Handeln um eine Partnerschaft (mit den USA) auf Augenhöhe zu schaffen.**“

**Das schaffen wir nur, wenn wir in Europa einen Staat schaffen, der Weltmacht ist** – ein Staat, der Europa, wie schon zu Beginn gesagt, zum Akteur der Weltpolitik macht – auf Augenhöhe mit den USA und China.

Der kerneuropäische Bundestaat, das war schon bei unserer Gründung Vereinsziel, seit Oktober 2010 haben wir das auch in unserem Namen „Sammlungsbewegung für eine Europäische Republik“.

Über die Jahre seither haben wir unser Konzept diskutiert, weiterentwickelt und präzisiert. Dieser Staat soll

- **groß genug** sein, um wirtschaftspolitisch handlungsfähig zu sein und das Potential zur Weltmacht haben
- **und klein und homogen genug** – wirtschaftlich und bezüglich der Interessenslage – damit bei den Bürgern von Beginn an ein Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden und mittelfristig ein Zusammenwachsen zu einer Nation möglich ist.

Eine **Europäische Republik bestehend aus den EWG-Gründerstaaten und Österreich erfüllt genau diese Kriterien:**

- über viele Jahrzehnte zu einem **ökonomischen und kulturellen Raum zusammengewachsen**, ein **ähnliches Wohlstandsniveau**, ähnliche wirtschaftspolitischen Vorstellungen – nämlich einer Marktwirtschaft, in der der Staat als Regulator und als aktiver Akteur und Gestalter eine Rolle spielt, **nur 4 Sprachen ... eine große Schweiz**
- **ähnliche Herausforderungen**, Migration, Politischer Islam, **ähnliche Interessen**, wirtschaftspolitisch und außenpolitisch
- **gemeinsame historische Wurzeln bis zurück zum Karolinger Reich**
- also klein und homogen genug
- aber **groß genug um wirtschaftspolitisch handlungsfähig zu sein**, nicht Spielball der Finanzmärkte und des Standortwettbewerbs zu sein
- und **groß genug um Weltmacht zu werden.**
- Mit einem durch den Eintritt Frankreichs **ständigem Sitz im Sicherheitsrat** der UN. Und ebenfalls durch Frankreichs Eintritt anerkannte **Nuklearwaffenmacht mit einem von den USA unabhängigen Atomschirm** – im Gegensatz zum Vereinigtem Königreich.

Mit dem heutigen Tag steht ein Generationenwechsel an der Spitze des Präsidiums an. Und ich, und ich denke wir alle freuen uns sehr, dass Du Lukas Dich bereit erklärt hast, die Nachfolge von Heinrich Neisser an der Spitze des Präsidiums anzutreten. Wie ja schon in der Einladung geschrieben, werden wir mit Dir einen Präsidenten haben, der in Europa gut vernetzt ist. Es jetzt Zeit, für unser Konzept Politiker in Frankreich, Deutschland, Italien und Benelux zu gewinnen. Ich halte das für eine historische Notwendigkeit, soll Europa nicht weiter Spielball anderer Mächte sein.

Du und wir werden eine Menge **Gegenwind** haben – von politischen Gegnern und auch aus unserer ÖVP – wie schon bei den Konzepten zur Zurückdrängung des politischen Islams.

Ich hoffe ich war jetzt nicht zu lange und freue mich auf eine Diskussion des Berichts.